

· sehe Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen unterstützen auch voll und ganz die Initiative der UdSSR zur Einberufung einer Gipfelkonferenz, die die dringenden herangereiften internationalen Probleme zu lösen hätte.

Beide Seiten geben der Überzeugung Ausdruck, daß unter den bestehenden internationalen Bedingungen schon jeder Versuch, Teillösungen der Abrüstungs- und Sicherheitsprobleme herbeizuführen, umfassendere Lösungen auf diesem Gebiet erleichtern könnte. Hiervon ausgehend, hat die Volksrepublik Polen im Einvernehmen mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik die Initiative zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ergriffen. Diese Initiative ist von der UdSSR sowie den anderen sozialistischen Ländern unterstützt worden und hat in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kreisen anderer Staaten günstige Aufnahme gefunden.

Beide Seiten sind überzeugt, daß eine Realisierung dieser Initiative bedeutend zur Verminderung der Gefahr bewaffneter Konflikte in Europa beitragen, die Sicherheit der europäischen Völker festigen und bessere Bedingungen für eine weitere stufenweise Lösung verschiedener komplizierter internationaler Probleme in Europa, einschließlich der Deutschlandfrage, schaffen würde.

Nur diejenigen, denen eine internationale Entspannung unerwünscht ist und die die atomare Aufrüstung des westdeutschen Heeres zur Grundlage ihrer politischen Konzeption gemacht haben, können dem Vorschlag auf Schaffung einer atomwaffenfreien Zone grundsätzliche Einwände entgegensetzen. Diese Konzeption bedeutet gegenwärtig die Hauptgefahr für den Frieden in Europa und muß deswegen überwunden werden.

Beide Seiten werden in ihrem Kampf um kollektive Sicherheit, um den Triumph des Grundsatzes der friedlichen Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung nicht ruhen.

Um die friedliche Koexistenz zu verwirklichen, werden beide Seiten weiterhin bestrebt sein, ihre wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Beziehungen mit anderen Ländern, ungeachtet bestehender Unterschiede der Gesellschaftsordnungen, auszubauen. Sie stützen sich dabei auf gemeinsame wirtschaftliche und kulturelle Interessen, auf alles, was die Völker verbindet. Besondere Möglichkeiten bietet die Zusammenarbeit der Ostseestaaten. Die Ostsee soll verbinden und nicht trennen, sie soll ein Meer des Friedens werden.